

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährlich: Bei Abholung von den Ausgabestellen 1 M., monatlich 35 Pf.; durch die Postträger und die Post bezogen 1,30 M., durch den Postboten im Land 1,25 M., Einzelnummer 5 Pf.
Erschienen wöchentlich 6 mal wöchentlich 5 bis 8 Uhr, mit Ausnahme der Tage nach dem 1. Sonntag im Herbst; in den Ausgabezeiten am Tage vorher abends 8 Uhr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
4 seitige illustriertes Sonntagsblatt mit 14 tägiger Modebeilage.
4 seitige landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die einsp. Zeitspaltel oder deren Raum f. Stadt u. Kreis Merseburg 10 Pf., außerhalb 15 Pf. Kleinste Anzeigen 25 Pf. Restamen 27 Pf. 80 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt. Anzeigen werden von unserer Geschäftsstelle sowie sämtlichen Annahmestellen entgegengenommen.
Nachdruck unserer Originalberichte nur mit Quellenangabe gestattet. Für unperlangte Einigungen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 13.

Mittwoch den 16. Januar 1907.

33. Jahrg.

Preussischer Partikularismus.

Die „Grenzboten“ haben es sich jüngst zur Aufgabe gemacht, den preussischen Partikularismus zu verteidigen gegen den Vorwurf, er sei die schlimmste von allen vorkonstitutionellen Beleidigungen. Die politisch-konservative Wochenchrift hat sich da auf ein sehr dürales Gebiet begeben, und man wird auch nicht gerade behaupten können, daß sie es mit viel Glück, geschweige denn mit viel Geschick getan habe. Sie rüffelt zwar nicht mit dem Säbel und appelliert nicht an die „preussischen Bajonette“, wie das Herr v. Oldenburg-Jannuschau sich im letzten Reichstage erlauben zu dürfen glaubte, aber wenn sie sich auch in der Form etwas vorfichtiger gebärdet, so läuft doch in der Sache eine Warnung, die sie an die anderen Bundesstaaten richtet, auf v. Oldenburg'sche Mäntel hinaus. Preußen, so sagt sie nämlich, sei trotz seines Uebergewichts an Fläche und Bevölkerung, mehrfach übermäßig worden, obwohl es gefährlich wäre, die rein formelle kleinstaatliche Mehrheit zu oft zu gebrauchen. Was denkt sich wohl das Blatt bei solchen Aeusserungen? Glaubt es etwa damit dem Frieden und der Einheit zwischen den verschiedenen Gebieten Deutschlands zu dienen?

Und was soll die Aufrechnung der Vorteile, die Preußen eines und die anderen Bundesstaaten andererseits von dem Zusammenflusse zum deutschen Reiche erlangt hätten? Was die Bemerkung: Preußen habe mehr gegeben, als empfangen? Was ferner die Behauptung: Preußen in seinem jetzigen Umfange wäre, auf sich selbst beschränkt, vortommend imstande sein, sich als Großmacht zu behaupten und die kleinen norddeutschen Nachbarstaaten, die es einschließt oder begrenzt, ohne jede Bundesverpflichtung von sich unbedingt abhängig zu machen? Selbst wenn das wahr wäre — und es ist doch noch sehr zweifelhaft, ob eine erzwungene unbedingte Abhängigkeit der drei anderen deutschen Bundesstaaten von Preußen auf die Dauer allen Stürmen trotzen würde —, so ist es doch geradezu fatal, in solcher Weise als Großer den Kleinen zu sagen: Unabhängig von mir seid Ihr nur, weil es mir so gefallen hat und so lange es mir so gefällt!

„Bewußt oder unbewußt rede die Unwahrheit“, so heißt es in dem „Grenzboten“ weiter, von preussischer Herrschaft im heutigen Deutschland spreche. Es ist unklar, ob, wer so schreibt, auch nur — wir wollen garnicht einmal den Fall Uxje ins Auge fassen und wollen ebenso die laute Entschärfung der preussischen Junker über die für die deutschen Wahlberechtigten Formen ganz ausblenden lassen — mit einem Gedanken bedacht hat an die Hartnäckigkeit, mit der Preußen hinsichtlich der 4 Eisenbahnwagenklasse und hinsichtlich der Schiffabgaben auf natürlichen Wasserstraßen seinen Willen den anderen Bundesstaaten aufgedrängt hat resp. aufzubringen sucht. Vielleicht lohnt es auch, in Sachen anzuprangern und ebenfalls noch in Württemberg, wie man dort geföhnt ist inbezug auf die preussische Eisenbahnverwaltung und deren Zugablenkungen nach Süden in Richtung, die man wohl nicht immer als die kürzesten und deshalb natürlichsten wird einzusehen vermögen.

Aber es ist zweifellos, da Vorbeholdungen zu machen, wo sie doch nichts nützen. Denn was dem „Grenzboten“ an dem „preussischen Partikularismus“ am besten gefällt, das ist ja, wie sie selber sagen, daß Preußen mit diesem seinem Partikularismus „das feste Bollwerk in Deutschland ist gegen alle zu starke demokratische Zeitströmungen“. Wer so denkt und über ein festes Bollwerk dieser Art Begünstigung empfindet, mit dem läßt sich schlechterdings nicht über die Berechtigung oder Nichtberechtigung dieses Partikularismus reden.

Zu den Wahlen.

Gegen die Parteien, auch gegen diejenigen der Reichstages selber „national“ genannt hat

zieht die Bülau-offiziöse „Süddeutsche Reichs-Korrespondenz“ abermals zu Felde. Sie meint, fast ausnahmslos seien die offiziellen Parteiprogramme so beschaffen, daß bei Durchführung eines einzelnen mit all-n Konventionen das Reich nicht bestehen könnte. Das Ziel der Reichstagswahlen, das Zentrum so zu schwächen, daß es nicht mehr in Berücksichtigung geraten kann, Arm in Arm mit Polen und Sozialdemokraten dem deutschen Namen Unrecht zu machen, sei gar nicht so schwer zu erreichen, „wenn nur etwas weniger Prinzipienreiterei getrieben wird, wenn diejenigen Parteien sich nicht unnötig verzanfen, die für nationale Grundforderungen aufeinander angewiesen sind. Nicht darauf kommt es an, daß im Deutschen Reich so und so viele Parteien auf ihrem Schein bestehen; das häßt nicht im Inneren und imponiert nicht nach außen. Sondern das ist der Mehrheit der Wähler der nationale Gedanke mächtiger ist als der Fraktionszwang. Das ist es, was Deutschland braucht und was der Welt Achtung einflößt.“ — Hierzu bemerkt die „Drf. Ztg.“: Wir haben schon einmal gesagt, daß diese offiziöse Polemik gegen die Parteien und Fraktionen alles andere als glücklich ist. Sie würde überhaupt nur einen Zweck haben, wenn die Regierung etwa die Absicht hätte, einen Reichstag zu schaffen, dessen Mehrheit sich auf gar kein Parteiprogramm verpflichtete und nur den Zweck verfolgte, alle Regierungsforderungen durchzubringen. Da hieran aber gar kein Gedanke ist und die Regierung nun einmal mit den hiesigen Parteien, mit der Regierung sowohl wie der Linken, rechnen muß, so sollte sie, um sich nicht die Sympathien aller Parteien zu verderben, auf solche unglückliche und natürlich auch ganz unzutreffende Bemerkung des Parteiwesens verzichten.

Gegen die Sozialdemokratie! lautet die Parole, die der Vorstand des Zentral-Ausschusses vereinigt Innungsverbände Deutschlands schon in einem Wahlaufruf ausgegeben hat. Der Zentralausschuß könne nicht für oder gegen eine bürgerliche Partei eintreten. Wohl aber müßten die Handwerker gegen den gefährlichsten Feind des Kleinverwerbes kämpfen: gegen die Sozialdemokratie, die jetzt auch unter den Handwerkern wieder werde. Es heißt in dem Wahlaufruf: „Wann immer positive Maßnahmen zur Förderung des Handwerkes vorgeschlagen sind, so hat sich die Sozialdemokratie dagegen erklärt. Wie oft hat man nicht von ihren Führern hören müssen, daß dem Kleinverwerbe nicht zu helfen sei, und daß es, je eher je besser, beseitigt werde! Durch eine sorgfältige Verhütung der Gesellen und Arbeiter hat man es dahin gebracht, daß die friedliche Entwicklung in unseren Gewerben verschunden ist, und daß Lohnherabsetzungen, Streiks und Boykotts ohne Ende uns die schlimmsten Schäden zufügen. Jede Stärkung dieser Partei bedeutet eine weitere Gefährdung des selbständigen Handwerkes, wird neue Belastungen für den einzelnen nach sich ziehen, die er nicht mehr tragen kann. Deshalb sollte jeder Handwerker im ureigensten Interesse seine Stimme gegen diese Partei abgeben. Selbst eine Wahlenthaltung bedeutet eine direkte Förderung dieses Gegners. Mit allem Nachdruck rufen wir daher unsere deutschen Handwerkskollegen zu: Verhüte niemand an dem Wahltage, von seinem Stimmrecht Gebrauch zu machen und stimme er unter allen Umständen gegen die Sozialdemokratie.“

Die Wahlparole der Gastwirte ist jetzt von dem Deutschen Gastwirtsverband ausgegeben worden. Es heißt darin: „Erstenspflicht eines jeden Gastwirts ist es, denjenigen Abgeordneten, welche die berechtigten Forderungen unseres Gewerbes nicht verstehen, seine Stimme zu versagen, damit solche Volksvertreter lernen können, daß sie auch seine Interessen in unparteiischer Weise wahrzunehmen haben und nicht Sonderinteressen dienen dürfen, indem sie einem Stande, der schon in ganz hervorragendem Maße zu den Staatslasten herangezogen

wird, noch immer mehr Lasten, die von der Gesamtheit aufgebracht werden müssen, zuweisen.“

Unbunt ist der Welt Lohn. Aber einmal die Psychologie des gegenwärtigen Wahlkampfes schreiben wir, — die sich übrigens als ein sehr kompliziertes und diffiziles Thema herausstellen dürfte — der wird sicherlich ein nicht zu knapp bemessenes Weidchen sich bei dem Wahlstrefse Kreuznach-Simmern aufhalten, dessen Fieder einst Herr v. Gumy war, und in den 1898 Herr Dr. Paasche hineinerschließen durfte. Wenn sich jemand um den Bund der Landwirte oder, um statt des Teils das Ganze zu nennen, für das gesamte Agrarierium verdient gemacht hat, so war er es. Juter- und Brantweinliebhaber haben er gleichermäßen zu rechtferigen verstanden, und in dem Herausretschen der Notwendigkeit und des Segens der Zölle, die landwirtschaftlichen voran, war ihm feiner über. Am allerwenigsten in der Saude und in dem Temperament. Reich hat ihn darin an-nähernd höchstens Herr Dr. Gabn — solange dieser in Dittendorf-Neubaus eine Mehrheit hinter sich hatte, — aber Herr Paasche war und blieb für die Agrarier wertvoller. Denn — er verließ in der national-liberalen Fraktion, und wo er sie nach rechts ziehen konnte, tat er es. Und diesem Manne droht jetzt die Gefahr, parlamentarisch außer Dienst gestellt zu werden, weil mit dem Zentrum auch der Bund der Landwirte ihm die Unterstützung versagen will. Schönere Unbunt! Aber betauern wird darum Herrn Paasche wohl niemand.

Wahlgeometrisches und geographisches. Aus Rastenburg wird der „Danz. Ztg.“ berichtet, die Wahlbezirkseinteilung sei auch diesmal für die Liberalen eine so nachteilige, daß eine regere Wahlbeteiligung seitens dieser nur bei erheblicher Zeitverlängerung möglich sei. Acht große Dörfer haben in 2 bis 4 1/2 km entfernt liegenden Gütern zu wählen. In nur 28 Wahlbezirken von den 67 vorhandenen sind Schulen zu Wahllokale auszuweisen, während in nicht weniger als 38 Bezirken die Ortsämter und Amtlokale der fast durchweg streng agrarisch-konservativen Inhaber, die zugleich Wahlvorsteher sind, als Wahllokale dienen. Dabei fehlt es in den benachbarten großen Dörfern keineswegs an geeigneten Wahllokale und Wahlvorstehern. — Der Zweck einer derartigen Wahlverteilung bezw. der weiten Wege, die man den Wählern zumutet, liegt auf der Hand. Soll das auch als die Neutralität, die den Liberalen versprochen worden ist, angesehen werden dürfen?

Aus dem Greifswalder Wahlstrefse macht das „Greifsw. Ztbl.“ eine bemerkenswerte Mitteilung über Vorkommnisse in einer Removdt-Verammlung in Neunkirchen. Man hatte in dieser Versammlung wieder einmal die Kühnheit, den freimüßigen Kandidaten Gothein als „Anhängsel“ der Sozialdemokratie zu bezeichnen. Herr Removdt selbst erklärte patetisch: „Nur wir Konservativen bekämpfen die Sozialdemokratie.“ Einer der anwesenden Führer der dortigen Sozialdemokraten rief ihm zu: „Ja, mit 1000 Mark.“ Herr Removdt erklärte, nichts zu wissen. Da erhob sich der Herr Sozialdemokrat und rief laut: „Die Konservativen haben uns mehrfach 1000 Mark angeboten, wenn wir in der Stichwahl zwischen Removdt und Gothein nicht für Gothein eintreten.“ Auf die dem folgenden „Hört, hört“ und „Pfui!“ Rufe erklärte Herr Removdt zwar nochmals, daß er davon nichts wisse. Man wird ihm das glauben dürfen. Aber die Mitteilung selbst braucht beahnt nicht unwohl zu sein, und die Tatsache selbst freimüßigkeit jedenfalls die Art und Weise, wie dort der Kampf gegen Herrn Gothein von konservativer Seite geführt wird.

Zur Lage in Rußland.

Aus Rußland kommt eine Meldung, die den Entschluß des Zaren bekundet, allen terroristischen Attentaten zum Trog nun erst recht den reaktionären Kurs weiter zu steuern. Dem Vernehmen nach steht in nächster Zeit die Erneuerung des jetzigen Staats-

hauptmanns von Koflow am Don, Generalmajor's Dratschewsky zum Stadthauptmann von Petersburg zu erwarten. Dratschewsky gilt nach seiner früheren Tätigkeit in Finnland und der bisherigen in Koflow als Reaktionär. — Da kann er wohl gleich sein Testament machen, wenn er den Posten in Petersburg antritt. Die sozialrevolutionäre Organisation verfügt über Leute genug, die bereit sind, ihr Leben für die Propaganda der Tat zu opfern und den Befehlen der revolutionären Feme blindlings zu gehorchen. Der in der Nacht zum Freitag gehängte Mörder Pawlows hat nicht einmal seinen Namen genannt, er erklärte, den ihm gewordenen Auftrag erfüllt zu haben, und damit basta! Die russische Regierung aber tut alles, um die Zahl dieser Desperados zu vergrößern, sie überläßt sich förmlich in reaktionären Maßregeln, wozu neuerlich sich förmlich die Ernennung des Koflowgenerals Krennens zum Oberbefehlshaber in den Westgouvernements gehört. Dieser Krennens hat die sibirischen Gouvernements derart „parafiziert“, daß dort nach massenhaften Exekutionen eine wahre Kirchhofstraße herrscht. Jetzt soll der brutale Samaschew den Befehl des Reichs befehlen. Der Arm der Revolutionäre aber reicht weit, unter Umständen selbst bis in die Panzerzüge hinein, mit denen Krennens in Sibirien von Ort zu Ort fuhr, um die Bevölkerung wieder an Respekt vor der Regierung des so gütigen und gnädigen Zaren zu gewöhnen.

Der Zar ist mit seinen Ministern zufrieden, der Stolypinsche Kurs findet die besondere Anerkennung des Kaisers Nikolaus, wie sich aus einem am Montag veröffentlichten gnädigen Handschreiben Nikolaus II. an den Ministerpräsidenten ergibt. Der Kaiser denkt in dem Schreiben zunächst des Zeitpunktes der Ernennung des Ministerpräsidenten, dem die schwere Aufgabe zugefallen sei, die durch revolutionäre Umtriebe gestörte öffentliche Ordnung wiederherzustellen. Im Laufe von fünf-einhalb Monaten habe es das Kabinett Stolypin verstanden, fährt der Kaiser fort, durch energisches Auftreten eine deutliche Besserung hinsichtlich der öffentlichen Ordnung herbeizuführen, trotz tollkühnen Auftretens der Revolutionäre und wiederholter Uebel-taten, die begangen wurden zu dem Zwecke, die regierenden Kreise in Verwirrung zu setzen. Der Kaiser erwähnt sodann die Gesandtschaften, die das Ministerium für die Duma tagung vorbereitet, und die Maßnahmen, die von ihm als unumgänglich nötig noch vor dem Zusammentreten der Duma ver-wirklicht worden sind. Der Kaiser spricht Stolypin und dem gesamten Ministerium seinen Dank aus und gibt der Gerechtigkeit Ausdruck, daß nach dem bevorstehenden Anfang der Tagung der neuen Duma und des Reichsrats das von Stolypin geleitete Ministerium die besten Dienste zur Ausführung der kaiserlichen Pläne leisten werde wie bisher, denn nur im Zusammenwirken der neuen gesetzgebenden Organe mit der vom Kaiser ernannten Regierung sehe er ein Pfand für gefesselte Ordnung und Stärkung der Kräfte des Staates gemäß den Bedürfnissen des zu neuem Leben berufenen Russland.

Kaiser Nikolaus hat auch an den Finanzminister Koflow ein Handschreiben gerichtet. Der Kaiser denkt darin der Verdienste des Ministers um die Regelung der Zahlungsmittel des Landes und lobt besonders die erfolgreiche Ausführung des Budgetvoranschlags des Jahres 1906. In dem Schreiben wird hervorgehoben, daß die russischen Werte im Auslande gegenwärtig wieder viel mehr begehrt werden und die Sparfassen wieder großen Zufluß aus den Ersparnissen des Volkes erhalten. Dieses zeugt von der Erstarfung des Vertrauens zu den Finanzverhältnissen des Reichs. Der Kaiser spricht schließlich dem Minister Koflow seinen Dank für die Verdienste, die er sich erworben, aus. Der Ministerpräsident Stolypin und der Justizminister Schtscheglowitsch sind zu Mitgliedern des Reichsrats ernannt worden unter Verlassung in ihren Stellungen. Zu Mitgliedern des Reichsrats sind ferner ernannt worden Senator Koni, Professor Sergejewitsch Petersburg und Professor Guerrier-Moskau. Koni ist nach dem „Bolfschen Bureau“ ein in liberalen Kreisen populärer, berühmter Redner, Sergejewitsch ist der frühere Rektor der Petersburger Universität und ein hervorragender Kenner des alten russischen Rechts, Guerrier ist Mitglied der Oboerparlei und Verfasser von Schriften, in denen die Tätigkeit der ersten Duma eine scharfe Beurteilung erfährt.

Ferner wird noch berichtet, daß zum Präsidenten des Reichsrates für das erste Halbjahr 1907 wieder Staatssekretär Frisk, zum Vizepräsidenten wieder Geheimrat Golubew ernannt wurden. Der Reichskontrolleur Schwanabek erhielt den Alexander-Newsky Orden. Das Handschreiben an den Finanzminister Koflow ist vom Kaiser eigenhändig unterzeichnet: Ihr dankbarer Nikolai.

Die Petersburger Revolutionäre haben inzwischen abermals gegiegt, was von ihrer ver-

zweifelten Entschlossenheit zu erwarten ist. Ein Telegramm aus Petersburg vom Sonnabend meldet: Während einer in voriger Nacht im Dichtschadiviertel vorgenommenen Hausdurchsuchung, bei der die Polizei das betreffende Haus umstellt hatte, wurde von drei dort wohnenden Arbeitern auf die Polizei geschossen, die darauf ebenfalls von ihren Schusswaffen Gebrauch machte. Hierbei sind zwei Revieraufseher und zwei Schutzleute getötet, zwei Geheimpolizisten und ein Hausknecht schwer verwundet worden. In der durchsuchten Wohnung wurden einige Feuerwaffen und Patronen gefunden.

Ueber die Lage der russischen Finanzen werden offiziös fort und fort die günstigsten Nachrichten verbreitet. So läßt sich am Sonnabend die kaiserlich russische Finanz- und Handelsagentur in Berlin wie folgt vernehmen: Nach hier eingegangenen telegraphischen Mitteilungen betragen die Einnahmen der russischen Regierung nach den bis jetzt vorliegenden Daten für November 1906 209 100 000 Rubel, das sind 39 040 000 Rubel mehr als im November des Vorjahres. Für die ersten elf Monate des Jahres 1906 sind somit 200 500 000 Rubel mehr verein-nahmt als für dieselben Monate des Jahres 1905. Sehr schön! Aber wie viel mehr ist in demselben Zeitraum verausgabt worden?

Petersburg, 4. Jan. Bei einer in der vorigen Nacht im Stadtteil Wajschenski Drow vorgenommenen Hausdurchsuchung wurde dem „Rus“ zufolge die Polizei mit einer Revolverpatrone empfangen, wobei zwei höhere Polizeibeamte und ein Schutzmänn getötet wurden. Die Polizei mußte sich unter Salven, die von den Wohnungsinhabern abgegeben wurden, zurückziehen. Das Haus wurde von Militär umstellt. In der vergangenen Nacht wurde ebenfalls bei einer Hausdurchsuchung im Stadtteil Peterburgskij Drow ein Schutzmänn erschossen. — Nach amtlicher Meldung ist nur ein Schutzmänn getötet, ein anderer Schutzmänn und ein Revieraufseher verwundet worden. Die Polizei zog sich nicht zurück, sondern nahm, nachdem sie die Wohnung durchsucht hatte, zehn Personen fest; bei der Hausdurchsuchung wurde nur ein Kaufergewehr gefunden.

Petrowoff (Daghestan), 12. Jan. Heute ist hier der Polizeimeister Brschedniowewski ermordet worden. Der Mörder ist entkommen.

Deutschland.

Berlin, 15. Jan. Sonntag nachmittag unternahmen beide Majestäten mit dem Prinzen Oskar und der Prinzessin Viktoria Luise einen Spaziergang im Grunewald. Montag morgen machte der Kaiser einen Spaziergang im Tiergarten, konferierte mit dem Reichskanzler und dem Staatssekretär des Außenwärtigen Amtes und hörte im königlichen Schlosse den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts. Am 12. Ubr begab Seine Majestät sich nach der russischen Botschaft, um anlässlich des russischen Neujahrstages dem Botschafter seine Glückwünsche für den Kaiser von Russland und die kaiserliche Familie auszusprechen.

Der Großherzog und die Großherzogin von Baden sowie der Erbgroßherzog und die Erbgroßherzogin wohnten am Sonntag in Karlsruhe dem Fest bei, das aus Anlaß des 75-jährigen Bestehens des dortigen Gewerbevereins veranstaltet wurde. Der Großherzog ergriff selbst das Wort, erinnerte an die Gründung der Bürgerwehr, durch die in schwerer Zeit Ruhe und Ordnung eingetreten seien und gedachte dann der Gründung des Gewerbevereins, er schloß mit folgenden Worten: „Wir müssen national sein, national im höchsten Sinne des Wortes. Nichts anderes als dieses Ziel müssen wir im Auge behalten: Zu erhalten, was geschaffen worden ist. Ja, aber erhalten können wir nur, wenn wir treu bleiben unserer Aufgabe, das Reich hoch zu halten, immer mehr zu festigen und dadurch zu vergrößern. Dieses Reich, meine Herren, wollen wir leben lassen mit dem Gelübde, immer treu zu bleiben bei allem, was das Wohl, die Ehre und die Größe des Reiches heißt. Also ein dreimaliges Hoch auf das Deutsche Reich!“

Reichskanzler Fürst Bülow empfing am Sonnabend nachmittag den neu ernannten italienischen Botschafter Panfa. Derselbe war im Laufe des Vormittags auch vom Kaiser empfangen worden.

Folgen des polnischen Schulstreiks.) In Schubin ist der langjährige Translatour beim Landratsamt und Buchhalter der Kreisparafasse, Standesbeamte und Rentner der katholischen Schule Formanowicz nach vorbergangenen wiederholten Ermahnungen seiner Vermieter entsetzt worden, weil er in Schulstreik agitatorisch tätig war. — Die Strafkammer in Schneidemühl verurteilte den Kaplan Stankowicki aus Potulitz zu 600 Mark Geldstrafe, weil er in einer Volkerversammlung zu Nalek zum Schulstreik aufzufordern hatte.

Die Errichtung von Schankwirtschaften zu erschweren, ist ein neuer Mini-

sterialerlaß an die Regierungsvorständen gesendet. Nach der Gewerbeordnung haben die Ortspolizeibehörden sich über den, bei einer Wirtschaft errichtet wird, zu äußern. Diese Befehinigungen bieten nun nach amtlicher Wahrnehmung oft nicht die erforderliche Gewähr für Vollständigkeit und Richtigkeit, da sie in der Regel in ganz knapper und farblose Form gehalten seien. Die Ortspolizeibehörden werden deshalb angewiesen, recht ausführliche Angaben zu machen. Aus diesem Grunde sollen die Befehinigungen auch nicht mehr den Antragstellern ausgehändigt, sondern in der Form eines Bescheides abgefaßt werden, der dem Antragsteller nicht zu Gesicht kommt. Der Minister glaubt, daß die Polizeibehörden sich dann offener und rückhaltloser aus-sprechen würden, als es jetzt geschieht.

(Verurteilter Sozialdemokrat.) Der Genosse Edmund Fischer, bisheriger Vertreter des Wahlkreises Zittau, wurde am Montag vom Zittauer Amtsgericht zu 8 Wochen Gefängnis wegen Verleumdung des Redakteurs des „Zittauer Anzeigers“ verurteilt.

Parlamentarisches.

Das Abgeordnetenhaus wird sich in seiner nächsten Sitzung am 7. Februar mit der zweiten Beratung des Geses der landwirtschaftlichen Verwaltung beschäftigen.

In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses, die auch während der Verhandlung des Parlamentes beraten wird, ist zum Vorsitzenden der konservative Abg. Fehr. von Gerffa gewählt worden. Aus der freisinnigen Volkspartei gehört Abg. Dr. Gerschel der Kommission an.

Volkswirtschaftliches.

Das eine Auswanderung der Industrie infolge der neuen Handelsverträge festgestellt hat, wird von der Regierung bekanntlich barinmäßig gelehnt. Trotzdem hat sie sich veranlaßt gesehen, eine allgemeine Enquete anzuordnen, um die Frage klarzustellen. Obwohl nun die Handelsverträge erst kurze Zeit in Kraft sind und ihre schlimme Wirkung demgemäß noch nicht haben vollständig ausüben können, so liegt doch schon genügend Material vor, um erkennen zu lassen, daß die Auswanderung vieler Betriebe zum Teil schon festgestanden hat, zum Teil vorbereitet wird. Sehr deprimierend sind dabei auch die Erhebungen, die der Verband sächsischer Industrieller vor einiger Zeit veranlaßt hat. Darin heißt es u. a. aus der sächsischen Seifenindustrie: „Der Bericht über genügendes Kapital verfügt, um in Russland und Oesterreich Filialfabriken errichten zu können, der muß auf jedes Geschäft mit diesen Ländern in Zukunft verzichten.“ Ein Urteil aus der hochentwickelten sächsischen Papierfabrikation lautet: „Die Ausfuhr nach den Vertragsstaaten wird schwierig, wenn nicht unmöglich werden. Unter diesen Umständen bleibt wohl weiter nichts übrig, als in Ausland Filialen zu gründen.“ Ein Fabrikant der Vurspapierer herstellt, sagt: „Ich habe, da ich zwei Drittel meiner Erzeugung exportiere, mich bereits mit dem Gedanken vertraut gemacht, mit meiner Fabrikation nach der Schweiz oder nach Frankreich überzugehen.“ Eine Fabrik für geprägte Papierwaren, die nach Oesterreich-Ungarn nicht mehr exportieren kann, hat dort „eine größere Fabrik angekauft“, um in ihr die nach jenen Ländern bestimmten Waren herstellen zu lassen. Eine andere Präganfabrik und Pappfabrik, aus deren Wohnsitz für etwa 800 000 Mk. Waren nach Oesterreich-Ungarn gehen, berichtet, da ein Geschäft nach jenen Ländern nicht mehr gemacht werden könne, seien „die hiesigen Fabrikanten bereits in Verhandlungen eingetreten, um Fabriken auf österreichischem Gebiet zu bauen, damit ihnen das bisher nach dort gemachte Geschäft nicht entgehe. Durch diese Maßnahmen wird selbstverständlich eine größere Anzahl Arbeiter von hier mit nach Oesterreich genommen. Um das Unternehmen dort gehörig auszunutzen, werden auch von Oesterreich Erprobungsbefähigung gemacht werden, die der hiesigen Industrie kaum entgehen.“ Eine bekannte Firma der sächsischen polygraphischen Kunstindustrie äußert sich in folgender Weise: „Nächst dem Berliner Plage wird unser sächsisches Vaterland am meisten betroffen. In Leipzig und Dresden leben viele Tausende von unserer Branche, Tausende ferner in Buzen, Bausen und Leltshain, die in ihrer Existenz bedroht sind, nachdem ihr Beruf ihnen zum großen Teil bisher bessere Löhne und bessere Lebensbedingungen gewähren konnte als andere Arbeitsplätze. Unser schweizerischer Vertreter berichtet uns, daß sich schon einige deutsche Firmen durch den Schweiz veranlaßt haben, ihre Fabrikation nach der Schweiz zu verlegen, und er ist aus uns dringend dazu.“ Eine Fabrik für geprägte Papierwaren, Graviranfabrik und Akzidenzdruckerei teilt mit: „Durch die hohen Eingangszölle wird mit mein Abgabebiet in Oesterreich verloren gehen, und

Als Neuheit
empfehle
**Mikrophon-
Desinfector**

für Telephon gegen Uebertragung von anstied.
Krankheiten. Vom Kaiserlichen Fernsprechanst.
genehmigt und geprüf. geschäftl.

Platin-Feuerzeug
„Janus“.

Das Vollkommenste auf diesem Gebiete.
Elektrotechn.
Installations-Bureau
Günther Liebmann.

Landwirte Achtung!
Saat-Kartoffeln,

Esferlet März-April.
In jeder einträglichen Kultur ist es er-
forderlich, von Zeit zu Zeit die Saat zu wechseln;
dieses brachte stets hohe Erträge. Ich empfehle
gute Saatkartoffeln

vom Sandboden ab Merseburg.
4000 Zentner (Prof. Woltmann),
beste Wirtschaftss- und Speisekartoffel, brachte bis
170 Zentner pro Morgen, a Ztr. 3,50 M.
2000 Ztr. (Prof. Wäcker),
2000 Ztr. (Fürst Sizzo)
ferner die andere Sorten a Ztr. 3,00 M.
Da Kartoffeln von Tag zu Tag im Preise
steigen, bitte um baldige Bestellung.

O. Schwarz, Merseburg,
Nordstraße 1.

Schmelzengemachte
ff. Heidelbeeren,
ff. Preiselbeeren,
Senf- und saure Gurken,
Sauerkohl sowie
Braunschweiger Konserven
empfehle billigt **A. Speiser, Breitestr. 7.**

Zu Kaisers Geburtstag
empfehle
verstellbare
Fahnenhalter.

D. R. P., sehr praktisch.
J. L. Schrader,
Bauschloßerei, Gr. Sixtstraße 16.

Man achte genau an Schymarke
„Elefant“
beim Einkauf von
Elfenbein-Seife.

Pariser Kopf-Salat,
frische
Madera-Ananas a Pfd. 1,10 Mk.,
frischen russischen Salat,
Frankfurter Würstchen a Paar 20 Pf.,
Frankfurt. Würstchen a Paar 25 Pf.
empfehle
C. L. Zimmermann.

Wer bei
Rheumatismus
noch keine Hilfe fand, 1er gebrauchte
Lichtbäder.
Erfolg sicher. Verschickung frei.
Bad „Helios“, Merseburg.

Notillon-Orden
empfehle billigt
Kurt Karlius,
Radelhandlung, Büchel 17.
Mitglied des Rabatt-Sportvereins.

Liberaler Wählerversammlung
in Dürrenberg.

Am Mittwoch den 16. Januar d. J., abends 7 Uhr,
findet im Gasthof „Zur Eisenbahnbrücke“ eine

öffentliche
liberaler Wählerversammlung

statt, in welcher der Kandidat der vereinigten Liberalen im Wahlkreise
Merseburg-Querfurt,
Herr Gutsbesitzer William Koch-Unterjarnstedt,
sprechen wird.
Alle bürgerlichen Reichstagswähler werden hierzu eingeladen.
Der liberale Wahlverein für Merseburg-Querfurt.

Einladung
zu zwei öffentlichen Versammlungen
in Merseburg.

Alle auf monarchischer Grundlage stehenden Wähler sind
freundlichst hierzu eingeladen. Unser bisheriger Herr Reichs-
tagsabgeordneter

Landrat a. D. Winckler
wird in beiden Versammlungen reden.

1. Freitag den 18. d. M. um 2 1/2 Uhr nachmittags,
2. Mittwoch den 23. d. M. um 8 Uhr abends.
Beide Versammlungen finden im „Tivoli“ statt.
Es wird auch voraussichtlich ein Herr aus Deutsch-Südwest-
Afrika sprechen.

Der Vorstand
des Patriotischen Vereins für den Kreis Merseburg.

Bankhaus Friedrich Schultze,
Merseburg.
Gegründet 1862.

An- und Verkauf von Wertpapieren.
3 1/2 % u. 4 % Pfandbriefe erster deutscher Hypotheken-
banken halte ich stets auf Lager und liefere dieselben kostenfrei.
Diskontierung guter Wechsel.
Konto-Korrent, Scheck und Lombard-Verkehr.

Annahme von Spareinlagen Verzinsung bis 4 1/2 % je
nach Kündigung.
Kostenfreie Einlösung von Kupons und Dividendenscheinen.
Vermietung von Schrankfächern in meiner feuer- und diebesichereren
Reservanlage.

Konkurs Pulvermacher.
Der Ausverkauf

wird zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen fortgesetzt.
Vorrätig:
moderne Hüte, Herren-Glace- u. Stoff-Bandschulz
und alle Puhatikel.
Konkursverwalter **Kunth.**

Bienenhonig,
gar. rein. eigener Bienenzucht, in feinsten besten
Ware empfehle
O. Trautner, Unteraltenburg 40.
Verband
Deutscher Handlungs-
Geschäften.
Mittwoch den 16. d. M.
Monatsversammlung
Hotel „Halber Mond“.

Reinsdorf.
Sonntag den 20. Januar d. J.
großer Maskenball.
A. Nürnberger.

G.C. „Borussia“.
Mittwoch den 16 d. M.
Versammlung.

Kaffee-Haus Meuschau.
Heute Mittwoch
Schlachtfest.
Hoffscherei.
Mittwoch Schlachtfest.

Goldne Angel.
Mittwoch
Schlachtfest.

Kreuzfischer Adler.
Mittwoch Schlachtfest.

Dieters Restauration.
Mittwoch
Schlachtfest.

Donnerstag
hausgeschlachte Bursch.
C. Tauch.

Morgen Donnerstag
frische hausgeschlachte Bursch.
G. Fischer, Weißentel-
str. 25.

Donnerstag
hausgeschlachte Bursch.
Friederike Vogel, Hofmarkt 9.
Als Damenschneiderin
empfehle sich

Anna Granert, Kreuzstraße 4.
In Lehrerfamilie findet Eltern ein Anake
zu noch 3 jüngeren Schülern
Freundliche Aufnahme.
Off. unter U H 1385 an Rud. Woffe,
Salle-S.

Für einen Knaben,
elternlos, 10 1/2 Jahr alt, wird um Aufnahme
bei liebevollen Leuten gebeten, event. auch kleine
Entschädigung bewilligt. Zu erlangen beim
Vormund **E. Keil, Bismarckstr. 6, Bism.**

Bücherlehrling
heißt ein
Ernst Schurig, Braunsauerstr. 1.

Buchdrucker-Lehrling
zu Eltern gesucht. Näheres
Breitenstraße 3.

Kredilige junge Leute als
Lehrlinge
heißt ein
Richard Mehnert, Steinmetzmeister.

Einem Bücherlehrling
sucht zu Eltern
Rob. Ziegenhorn, Schulstr. 1.

Zwei Lehrlinge
sucht
Stein- und Bildhauerei
Bleilg & Müller.

Züchtigen Tischler
bei hohem Lohn sofort gesucht.
Ed. Pfefferkorn & Co.,
G. m. b. H.,
Galleisstraße.

Schmiedegesellen
sucht
F. Böhm, Niederelchstadt
bei Schmalstadt.

Krediligen jüngeren
Arbeitsburschen
heißt ein
B. A. Blankenburg.

Eine Frau
zum Säde Ausheffern wird gesucht.
Thieme & Neubert.

Junges Mädchen, 16 1/2 Jahr alt,
sucht per 15. Feb.
über L. Müly leichte Stellung am
liebsten bei einz. Leuten. Zu erl. L. d. Exped. d. Bl.
Unkündbares junges Mädchen, welches Lust
hat die Schneiderin zu erlernen, kann sich
melden. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Ein 12-14 jähriges eheliches sauberes
Mädchen wird sofort oder 1. Februar als
Aufwartung
Annenstraße 19, bart.

Ein junges Mädchen als
Aufwartung
sofort gesucht. Lindenstr. 2.

Ein hübsches Mädchen als
Aufwartung
gesucht. Näheres Delgrube 3, 1 Et.

1 goldenes Gliederarmband
auf dem Wege Schloßpark-Merseburg verloren
gegangen. Gegen Belohnung abzugeben
bei **Friedrichstraße 6.**
Montag abend **Hibernustafel** verloren.
Gegen Belohnung abzugeben
Offizier Kasino.
Hierzu eine Zeilge.

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Die Magyaren werden immer begehlicher in ihren nationalen Ansprüchen. Der Honorerminister Feldzeugmeister von Zekelsalussy erklärte in einem Interview, daß eine Erhöhung des Heerespräsenzstandes nicht stattfinden werde, falls in militärischen Fragen keine nationalen Konzessionen geboten würden. Also mit anderen Worten: mehr Refruten werden nur dann bewilligt, wenn die ungarische Deutschsprache bewilligt wird.

Frankreich. Im französischen Senat erklärte am Sonnabend bei der sorgfältigen Beratung des Budgets der Generalobersteiler Gaubier, er gebe zu, daß die Balancierung des Budgets für 1907 mit ganz besonderen Schwierigkeiten verbunden sei. Die Verantwortung dafür treffe aber niemanden. Redner legte dann im besonderen dar, daß die Vermehrung der Ausgaben produktiver Art sei. Die allgemeine Lage Frankreichs könne der Englands, Italiens, Deutschlands, Oesterreichs und Russlands gleichgestellt werden. Die Schwierigkeit, das Budget zu balancieren, sei besonders auf unerwartete militärische Ausgaben zurückzuführen. Man müsse neue Hilfsquellen und neue Einnahmen schaffen. Das Land könne eine Erhöhung der Steuern tragen, vorausgesetzt, daß man bei einer solchen Reform der Steuern Gerechtigkeit walten lasse. (Beifall) Gaubier schloß mit der Erklärung, daß die Einkommensteuer nicht den Charakter des Ertrages von anderen Steuern tragen, sondern eine Mehrleistung zu ihnen bilden müsse, damit man die sozialen Reformen durchführen könne.

England. Der neue englische Armeereorganisationsplan, den Minister Salome in seiner Glattoner Rede ankündigte, ist am Sonnabend veröffentlicht worden. Der betreffende Armeebefehl sagt über die Kriegsorganisation der Feldarmee für den Dienst im Auslande, daß diese aus einer Kavalleriedivision zu vier Brigaden, sechs Divisionen „Armeetruppen“ und den für die Verbindungslinie erforderlichen Truppen bestehen soll. Die entsprechende Organisation für die reguläre Feldarmee in Friedenszeiten soll aus vier Kavalleriebrigaden, sechs Divisionen und Armeetruppen bestehen. Der Ausdruck „Armeetruppen“ bedeutet nach dem Armeebefehl Truppen aus solchen Einheiten, die einen Teil einer Expeditionskolonnen bilden, aber nicht in der Organisation einer Kavalleriedivision, einer Division oder der Verbindungslinkentruppen inbegriffen sind.

Türkei. Güt türkisch ist eine Meldung der „Agence Hovas“ aus Smyrna: Kiamil Pascha, den der Sultan als Generalgouverneur nach Rhodus geschickt hatte, glaubte in Ungnade gefallen zu sein und flüchtete deshalb in das englische Generalkonsulat. Von dort hat er den Sultan telegraphisch, in sein Heimatland Gypern zurückkehren zu dürfen. Zum interimistischen Gouverneur von Rhodus wurde der Militärkommandant ernannt.

Perrien. Der Thronerbschlag in Perrien scheint sich doch nicht ohne Komplikationen zu vollziehen. Karatman, die aus dem Süden kommen, berichten, daß Salur ed Daules, Muzaffer ed Dins dritter Sohn, zum Nachfolger ausgerufen worden sei von einer Streitmacht, die er in der Hoffnung aufgehoben habe, die Thronfolge seines Bruders anzutreten zu können. — Bei der Verfolgung persischer Räuber, die aus einer am Grenzfluße Aras gelegenen russischen Dorschaft Vieh fortgetrieben hatten, legte ein 50 Mann starkes Kommando der russischen Landpolizei über den Fluß und verfolgte die Räuber auf persischem Gebiet. Es nahm ihnen das genaue Vieh wieder ab und tödete vier Räuber. Auf dem Rückwege mußte das Kommando einen Kampf mit bewaffneten Nomaden bestehen, die zwei Mann und fünf Kamelen verloren.

Japan. Die japanische Flotte kommt nicht nach Amerika. Wie die „Times“ aus Diabla meldet, berichtet ein Telegramm des japanischen Ministers des Auswärtigen, Hayashi, an den dortigen Generalkonsul, daß der Besuch des japanischen Schulgeschwaders an der Küste des Stillen Ozeans auf unbestimmte Zeit verschoben ist. Der Grund hierfür sei in der gegenwärtig in den Vereinigten Staaten bestehenden Lage der Dinge zu suchen. Der japanisch-amerikanische Konflikt hat sich also allen friedlichen Bemühungen Roosevelts zum Trotz verschärft.

Provinz und Umgegend.

Halle, 14. Jan. In dem Neumannschen Zigarrengeschäft, Alte Promenade 23, das von dem alten Ehepaar Barmenter betrieben wird, wurde heute früh zwischen 6 und 7 Uhr ein Raubmordversuch verübt. Ein unbekannter Mann trat in dem Augen-

blick, als die Frau in dem Laden Licht anzünden wollte, auf sie zu und schlug sie mit einem Hammer derart auf den Kopf, daß der Hammerkeil abbrach. Die schwer verletzte Frau schrie um Hilfe, worauf der Räuber und sein vor der Tür stehender Kumpan die Flucht ergriffen. Von den Tätern fehlt bis jetzt jede Spur.

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 16. Januar 1907.

Personalnotiz. Dem Eisenbahn-Gütervorsteher Meoel ist am 1. Dezember 1906 die Verwaltung der Stationen Merseburg übertragen worden.

Eine öffentliche liberale Wähler-Versammlung, die sehr gut besucht war, hielt am Montagabend in der „Reichskrone“ hier der liberale Wahlverein Merseburg-Duerfurt ab. Schon um 8 Uhr war der Saal dichtgedrängt voll, so daß später kommende Zuhörer mit Stehplätzen vorlieb nehmen mußten. Auch die Galerien waren dicht besetzt. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung mit einem Hinweis darauf, daß der Kandidat der vereinigten Liberalen, Herr Gutsbesitzer William Koch-Unterfarndedt, in einer späteren Versammlung Gelegenheit nehmen werde, den Merseburger Wählern sein Programm zu entwickeln. Nach dem üblichen Kaiserhoch erblieb der Redner des Abends, Herr Schuldirektor a. D. Schmidt aus Dresden das Wort, um in 13/4 stündigen Ausführungen über die allgemeine politische Lage unter besonderer Berücksichtigung derjenigen Stellung, die die freisinnige Volkspartei gegenüber den wichtigsten wirtschaftlichen und sozialen Fragen eingenommen hat, zu referieren. Klar und sachlich sprach der Referent. Ohne Umschweife, ohne politische Stimmungsmache betonte Herr Schmidt den wahren Charakter der freisinnigen Volkspartei, die eintritt für das Gemeinwohl und die berechtigten Forderungen aller Gewerbeschichten. Jede einseitige Interessenspolitik, die einzelnen einflussreichen Kreisen Vorteile auf Kosten aller anderen und insbesondere der ärmeren Volksschichten verschafft, wird von der freisinnigen Volkspartei, zu der der Kandidat der vereinigten Liberalen, Herr William Koch, gehört, entschieden verurteilt. Die freibeiwillige Entwicklung des Vaterlandes liegt der Partei besonders am Herzen; sie will nicht nur die Erhaltung der bestehenden Volksrechte, sondern strebt für eine weitere Vermehrung derselben. Für eine weitere Ausdehnung des gleichen, geheimen und direkten Reichstagswahlrechts auch auf die preussischen Landtagswahlen hat die Partei stets an erster Stelle gekämpft. Redner ging dann des näheren auf das eigentliche Programm ein und hob besonders die Stellung des früheren Reichstagsabg. Landrat a. D. Winkler in der Frage des Wohnungsgeldzuschusses für die kleinen und mittleren Beamten im Abgeordnetenhaus hervor, in der er gegen eine Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses gestimmt hat, während die freisinnige Volkspartei mit aller Kraft dafür eingetreten ist. Diese Partei will nicht nur der Landwirtschaft, sondern auch dem Mittelstand in Handwerk und Gewerbe Stütze und Schutz sein. Den Privatbeamten will sie eine sichere Erziehung und Altersversorgung mit Hilfe der Reichsgesetzgebung verschaffen. Die freisinnige Volkspartei hebt auf dem Boden einer gesunden Sozialreform. Reformen auf dem Gebiete der Rechtspflege, der Volksschule und der höheren Lehranstalten, des Wohnungswesens werden von ihr gefordert. Die Arbeiter als gleichberechtigte Faktoren im wirtschaftlichen Leben haben Anspruch auf Schutz und Förderung durch die Gesetzgebung. Nicht durch vergebenden und persependern Klassenkampf, auch nicht durch den Untergang der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, sondern durch planmäßige Reformen und stetig fortschreitende Besserung der Existenzbedingungen ist die Lebenslage der arbeitenden Volksschichten zu bessern und zu heben, so betonte Herr Schmidt unter großem Beifall der Zuhörer. Das Programm der Sozialdemokratie wurde dann vom Redner in eingehender Weise unter die kritische Lupe genommen, im besonderen der „verheißungsvollen“ Zukunftsprophetie. Im letzten Teile seines Referates sprach Herr Schmidt über die Stellung der freisinnigen Volkspartei zu den Militär-, Flotten- und Kolonialfragen. Auch die Freisinnigen, so führte der geschätzte Redner aus, sind Zweifler an der bisherigen Kolonialpolitik, aber als die Frage an unsere Abgeordneten herantrat, 9 Millionen für die Verbringung des Aufstandes in Südwestafrika zu bewilligen, da erachteten sie es für eine Notwendigkeit, die Summe für des Vaterlandes Ehre zu bewilligen. Mit der dringenden Mahnung, am 25. Januar ihre Stimme dem Kandidaten der vereinigten Liberalen Herrn Gutsbesitzer Koch-Unterfarndedt zu geben, schloß Herr Schmidt. Der brausende Beifall, den seine

Ausführungen fanden, bewies zur Genüge, daß sie allen — mit Ausnahme der anwesenden Sozialdemokraten — recht waren. Dann kam die Debatte. Zunächst trat Genosse Müller auf. Neues brachte er nicht. Mit der üblichen Klage, daß sozialdemokratischen Rednern keine unbefchränkte Redefreiheit in liberalen Versammlungen gewährt würde, schloß er seine Ansprache. Als zweiter Redner hatte sich Genosse Röber gemeldet. Er stimmte im großen und ganzen den Ausführungen des Referenten zu. Wie immer bei Wahlen wies er den Vorwurf, die Sozialdemokratie sei die Feindin der Lehrer, kleinen und mittleren Beamten, des Bauernhandes, der Handwerker usw. zurück; seine Partei sei im Gegenteil die „einzige Freundin“ dieser Stände. Wie diese Freundschaft aussieht hatte bereits der Referent in seinem Vortrage treffend ausgeführt. Die übrigen „Richtigstellungen“ der Redner führte Herr Schmidt in seinem Schlusswort glänzend ab. Er wies besonders darauf hin, daß es nur der Sozialdemokratie darum zu tun sei, recht viel unzufriedene Menschen zu haben, an Volkswohlfahrt und Reformen liege ihr nichts. Energisch wies er die Behauptung des einen Redners zurück, die Liberalen hätten das Programm der Sozialdemokratie zu dem ihrigen gemacht, während doch gerade das Umgekehrte der Fall ist, wie Herr Schmidt unter großem Beifall nachweisen konnte. Mit einem dreimaligen Hoch auf das deutsche Vaterland wurde die imposante Versammlung gegen 11 Uhr geschlossen.

Der Dom-Männer-Verein hielt am Montag in „Müller's Hotel“ seine Januar-Versammlung ab, die hier jährlich besucht war. Herr Superintendent Bithorn sprach über das Thema „Die Entwicklung des Ultramontanismus in Frankreich und Deutschland“. Im Dezember 1906 sind zwei bedeutende Ereignisse eingetreten, das Inkrafttreten des Trennungsgesetzes in Frankreich und die Auflösung des Reichstages in Deutschland. In Frankreich beginnt die Geschichte des neuen Katholizismus mit der französischen Revolution. Das 19. Jahrhundert hat die Grundzüge derselben weiter verarbeitet. 1789 wurde in Frankreich das ganze Kirchengut, etwa 2 Milliarden, eingezogen, und der Staat übernahm die Verpflichtung, die kirchlichen Würdenträger zu besolden. Diese Konfiskation hatte zur Folge, daß der französische Klerus, namentlich der niedere, härter nach Rom neigte. Auch Napoleon I. hat wider seinen Willen durch das Konkordat die Bewegung gefördert. Unter den Bourbonen iraten die bahnbrechenden Geister auf, die durch ihre Schriften den Ultramontanismus ausbildeten. Nach 1830 lautete die Losung desselben Gott und Freiheit, aber er hat es immer verstanden, sich den Zeitverhältnissen anzupassen. Als dann 1848 die Hoffnungen des Ultramontanismus nicht erfüllt wurden, trat er auf die Seite Napoleons III., der sich ihm dankbar erwies. Nun blühte er auf und trieb zuletzt das Kaiserreich in den Krieg mit Deutschland. Der Ultramontanismus suchte sich auch mit der Republik abzufinden, hat aber gegenwärtig eine Niederlage erlitten. Nachdem die Republik immer radikaler geworden war, konnte er sie nicht mehr durch Demagogie überleben und mußte sich deshalb der Reaktion anschließen. Der gesunde nationale und politische Instinkt des französischen Volkes aber wandte sich vom Ultramontanismus ab und trug die Regierung immer weiter vorwärts. Wie die Entwicklung sich weiter gestalten wird, kann niemand voraussagen. In Deutschland begann die Bewegung mit dem Reichsdeputationshauptschlusß von 1803, durch welchen die geistlichen Fürstentümer säkularisiert wurden. Auch hier war die Folge die Kolossierung des Klerus von der Nation und schwere Einschränkung an Rom. Alle Erwartungen auf die Selbständigkeit der Bischöfe sind zu nichte geworden. Der liberale und romantische Katholizismus wurde überwunden. Die falsche polizeimäßige Behandlung durch die Bureaokratie tat das Uebrige, und so bildete sich der politische Ultramontanismus heraus, der zunächst den Liberalismus bekämpfte, später aber durch demagogische Mittel die Massen zu erregen suchte. Vorübergehend war das Zentrum scheinbar eine regierungsfreundliche Partei geworden, und die deutsche Regierung hat selbst alles Mögliche getan, um das Ansehen des Papstes zu stärken. Zuletzt mußte es doch zum Konflikt kommen, denn die Natur des Zentrums liegt nicht in der Aristokratie, sondern in der Demagogie. Was ist nun von unserer Seite zu tun? Durch höhere intellektuelle und stiftliche Bildung müssen wir unser Volk immer selbständiger machen, dann ist es mit der Herrschaft der Demagogie zu Ende. Ferner dürfen wir nicht vergessen, daß auch im politischen Leben zuletzt doch nicht die realen, wirtschaftlichen Interessen, sondern die Ideale den Sieg behalten. — Die sehr interessante Besprechung, an der die Herren Direktor Schulze, Rektor Jergans, Seminaradjunkt Dr. Siele

und Oberlehrer Seele sich beteiligten, beleuchtete die Schwierigkeit des komplizierten Problems von den verschiedensten Seiten und erörterte sowohl die prinzipiellen Grundfragen wie das praktische Verhalten gegenüber dieser für unser Volk und unseren Staat so gefährlichen Bewegung.

Stadtverordneten-Sitzung.

Merseburg, 14. Januar 1907.

Die erste Stadtverordnetensitzung im neuen Jahre eröffnete der Vorsitzende Justizrat Baega mit einigen Begrüßungswörtern, worauf sofort in die Tagesordnung eingetreten wurde:

1. Wahl eines Vorsitzenden, eines Schriftführers und ihrer Stellvertreter. Durch Zufall werden die bisherigen Inhaber dieser Ämter einstimmig wiedergewählt, nämlich Stadtv. Baega als Vorsteher, Stadtv. Grempler als dessen Stellvertreter, Stadtv. Heyne als Schriftführer und Stadtv. Eichardt als dessen Stellvertreter.

2. Wahl der Wahlkommission. Durch Stimmzettel werden die Stadtv. Frauenheim, Graul, Grempler, Heyne, Richter und Thiele wieder, Stadtv. Scholz neugewählt. Stadtv. Pöpol hatte eine Wiederwahl abgelehnt.

3. Wahl eines Armenpflegers. Der bisherige Armenpfleger Leumant Gaubig hat sein Amt infolge hohen Alters und Krankheit niedergelegt. An seine Stelle wird der Handelsgelehrte Krause gewählt.

4. Entlastung der Rechnung der Schulaffe für 1904. Auf Antrag des Berichterstatters Stadtv. Heyne erteilt die Versammlung der geprüften Rechnung Entlastung.

5. Wanderrung und Ergänzung des Vertrags über Erbauung und Vermietung eines Lehrerseminars. Berichterstatter Stadtv. Scholz. Das Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten hat in einem Schreiben an das Provinzial-Schulkollegium mitgeteilt, daß es über das Zustandekommen des Seminarbauprotokolls keine Befriedigung ausgesprochen und dem Antrag ausnahmsweise stattzugeben habe, als Vergütung für die Lehrerdienstwohnung eine Wohnungsgeld-Entschädigung in Höhe von jährlich 360 Mk. der vereinigten Pachtsumme zuzubilligen. Ferner hat das Ministerium einige Ermäßigungen in baulicher Beziehung gutgeheißen. Weitere Bedenken sind an dem Vertrage nicht geltend gemacht worden. Der Magistrat hat beschlossen, die Wanderrung zu genehmigen; die Versammlung beschließt in gleichem Sinne.

Im Anschluß hieran macht der Vorsteher noch die Mitteilung, daß der Architekt Arthur Zimmermann aus Neubrandenb., der zum Stadtbauamtsleiter mit 1-jähriger Probezeit und vierjähriger Kündigung gegen ein Ja bezogen von 3600 Mk. gewählt worden ist, am 2. Januar d. J. sein Amt angetreten hat. Hierauf wurde wieder in die Tagesordnung eingetreten.

6. Aufhebung des Distrikts IV über Vermehrung des Magistratskollegiums um ein befristetes baurechnisches Mitglied. Berichterstatter Stadtv. Günther. Das der Distriktsrat ist seit dem Abgang des Stadtbaurats Krüger nicht mehr in Geltung. Da ein formelles Fortbestehen desselben nicht für nötig erachtet wird, beantragt der Berichterstatter die Aufhebung dieses Distrikts. Die Versammlung stimmt dem zu.

7. Beleuchtungsanlage in der neuen Raumburgerstraße. Berichterstatter Stadtv. Berger. Der Magistrat hat für bringen und wenig erachtet, daß die neue Raumburgerstraße bis zum Güterbahnhof Straßenbeleuchtung erhält. Die Gasabspaltung hat demzufolge Kostenanschläge für diese Anlage von der Algen. Gasleitungs-Gesellschaft hier und von der sächsischen Gasanstalt eingeleitet. Der Vorschlag der A. G. G. sieht 4 Dauerbrenner zu je 250 Kerzenflammen in einem Abhänge von 80 Meter vor, welche auf 12 Meter hohen Holzmasten angebracht werden sollen. Die Kosten hierfür werden auf circa 1000 Mk. veranschlagt. Als Unterhaltungskosten wird ein Bauzuschlag von 200 Mk. pro Lampe und Jahr gefordert, und zwar ist vorgesehen eine Brenndauer bis 11 Uhr abends und von 4 Uhr morgens bis zum Eintritt der Dämmerung. Die A. G. G. macht ihren Kostenanschlag aber davon abhängig, daß die Möglichkeit einer Regenerweiterung von der Stadt nunmehr anerkannt werde. Der Kostenanschlag der Gasanstalt bezieht die Beleuchtungsanlage (5 Gaslaternen) auf 1580 Mk., die Unterhaltungskosten bei einer vollständigen Nachtbeleuchtung auf 293 Mk. jährlich. Der Magistrat hat daraufhin beschlossen, die Beleuchtungsanlage durch die Gasanstalt herstellen zu lassen, da die Unterhaltungskosten wesentlich geringer und eine Nachtbeleuchtung, die der Kostenanschlag der A. G. G. nicht vorsieht, doch unumgänglich notwendig ist. Ohne Debatte schließt sich die Versammlung dem Beschlusse des Magistrats an.

8. Aufhebung des Unterschieds zwischen Tages- und Nachtpolizeifergeanten. Berichterstatter Stadtv. Pöpol. Eine Vorlage des Magistrats beim Polizeiverwaltung beantragt

die Umwandlung beider Stellen zu einer Beamtenkategorie vornehmen zu wollen. Es sind in unserer Stadt 7 Tages- und 7 Nachtpolizeifergeanten im Dienst, von denen die letzteren ausdrücklich als solche angestellt werden und erst nach längerer Dienstdauer bei eintretender Bilanz wiederum als Tagespolizeifergeanten ernannt und beschäftigt werden müssen. Die Nachtpolizeifergeanten erhalten 50 Mk. weniger Gehalt als die Tagespolizeifergeanten. Der Dienst der Nachtpolizeifergeanten ist ein anstrengender, da diese auch in ausgebehrenem Maße des Tages zu Patrouillengängen herangezogen werden. Der Antrag der Polizeiverwaltung geht deshalb dahin, die beiden Unterschiede vollständig in Wegfall kommen zu lassen, die Tages- und Nachtpolizeifergeanten vom 1. 4. 07 ab zu Polizeifergeanten zu ernennen und die Nachtpolizeifergeanten dementsprechend im Gehalte gleichzustellen. Der Berichterstatter bekräftigt im Interesse der Polizei die Vorlage und beantragt, die durch die Gehaltsregelung bedingte Mehrausgabe von 350 Mark in den Etat einzustellen. Durch diese Gleichstellung würde namentlich in der Anordnung des Dienstes eine wesentliche Erleichterung geschaffen werden. In der Debatte stellte Stadtv. Stollberg die Anfrage, ob die bisherigen Tagespolizeifergeanten sich die Aufhebung des Unterschiedes ohne weiteres gefallen lassen würden, worauf Bürgermeister Robbe in eingehender Begründung die Vorlage zur Annahme empfahl. Bedenken im geäußerten Sinne könnten nicht vorhanden sein, da es doch Beruf der Polizeifergeanten sei, am Tage und auch nachts für die Sicherheit der Stadt zu sorgen. Auch in der Beziehung sei die Aufhebung des Unterschiedes sehr erwünscht, das für die schifflischen Arbeiten, Abschaffung von Berichten usw. eine bessere Ausübung unter den Polizeifergeanten getroffen werden könne. Die Vorlage wurde schließlich angenommen.

9. Entzignung des zur Verlängerung der Bismarckstraße nötigen Bodens von dem Felde der Morgenrothschen Erben. Berichterstatter Stadtv. Eichardt. Laut des mit der Firma G. W. J. Blanke u. Co. hier abgeschlossenen Vertrages, betr. die Uebertragung der Nordstraße, muß die Firma u. a. alle Kosten erstatten, welche durch die Verlängerung der Bismarckstraße bis zum Roten Weidenrain entstehen. Die Stadtwirtschaft ist nun mit den Besitzern des fragl. Bodens, den Morgenrothschen Erben, in Verbindung getreten, um den Grundbesitz in Größe von 1920 qm zu erwerben. Die Besitzer verlangen pro qm 5 Mark, während die Stadt nur einen Preis von 4 Mark pro qm für angemessen erachtet. Da eine Einigung nicht zustande gekommen, es aber dringend notwendig ist, daß die Angelegenheit so schnell als möglich erledigt wird, da vorher eine endgültige Uebertragung der Nordstraße an die Firma Blanke nicht erfolgen kann, hat der Magistrat nunmehr den Antrag gestellt, das Enteignungsverfahren gegen die Morgenrothschen Erben einzuleiten, der vom Berichterstatter unter eingehender Begründung zur Annahme empfohlen wird. In der Debatte beantragte Stadtv. Scholz, bei der Firma Blanke zuvor anzufragen, ob sie eventuell den von den Besitzern geforderten Preis erstatten wolle unter Hinweis auf die Verzögerung der Uebertragung, die durch das Enteignungsverfahren entsteht. Erkläre sich die Firma nicht einverstanden, so solle das Enteignungsverfahren eingeleitet werden. Der Antrag wurde von den Stadtv. Grempler und Günther unterstützt. Stadtv. Eichardt erwiderte hierauf, daß sich die Firma mit der Einleitung des Verfahrens nach seiner mündlichen Information einverstanden erkläre. Bürgermeister Robbe griff gleichfalls in die Debatte ein und verlas ein Schreiben der Firma Blanke, nach dem ihr der geforderte Preis von 5 Mk. pro qm ebenfalls zu hoch ist und sie bittet, die Enteignung so schnell als möglich einzuleiten. Der Magistrat werde trotzdem nochmals versuchen, eine event. Einigung herbeizuführen. Die Stadtv. Thiele und Frauenheim empfehlen den Magistratsantrag zur Annahme und nachdem Stadtv. Scholz infolge der erhaltene Auskunft des Bürgermeisters seinen Antrag zurückgenommen, erfolgt die einstimmige Annahme der Magistratsvorlage.

Als Dringlichkeitsantrag wird noch die Magistratsvorlage betr. Einziehung einer gemischten Kommission zur Regelung der Straßen- und Baufluchtlinien-Verhältnisse zwischen dem Eisenbahnamt und der weißen Mauer am Schluß der öffentlichen Sitzung beraten. Die Dringlichkeit wird begründet mit der weiteren Durchführung der Christianenstraße, deren event. Verbreiterung, der Frage der Verlegung der mit der weißen Mauer parallel laufenden Verbindungsstraßen und weil das Gelände zwischen Christianenstraße und Lindenstraße bebaut werden soll. Die Dringlichkeit wurde anerkannt und in die Kommission die Stadtv. Berger, Graul, Meyer, Scholz und Stollberg gewählt.

Ferner macht der Vorsteher noch bekannt, daß der Kammerlei-Hausbahnplan nebst Anlagen 14 Tage

lang zur Einsicht der Stadtwirtschaften ausliegt. Die Wahlkommission wurde ersucht, sich möglichst heute bereits zu konstituieren und für die Haushalts- und Rechnungsprüfungskommission mit Vorschlägen einzukommen. Hierauf erfolgte der Schluß der öffentlichen Sitzung.

Wetterwarte.

Vorausssichtliches Wetter am 16. Jan.: Meist trübes, windiges, mildes Wetter mit etwas Regen. — 17. Jan.: Fiemlich mildes, vorberstend wolfiges, zeitweise aufstrebendes, windiges Wetter mit etwas Niederschlägen. Später etwas fälter.

Vermischtes.

* (Westfale) hat die Firma Jung u. Simons in Eberfeld zur Erweiterung der Unterflurkassette ihrer Beamten- und Arbeiter 50000 Mk., desgleichen der Mühlgründer und Zellbacher Ges. Kommerzienrat Karl August Jung.

* (Neben einen schweren Dampfer zusammenstoß) hat ein kleiner Zeppelin: Der Hamburger Dampfer „Romina“ stieß im Nordostkanal mit dem Kanalampfer „Wanderer“ zusammen. Die „Wanderer“ wurde fast durchgeschnitten, in fünfzehn Minuten nach Nordwesten durch dort eingebaut. Der Kanalarbeiter ist nicht beschädigt. Personen sind nicht verunglückt.

* (Mit der Art erschlagen) hat in St. Ingbert ein siebenjähriger Vater seinen 35jährigen Sohn. Der geisteschwache Vater ist schuldig geworden.

* Ein schweres Schiffungsglück hat sich am 9. Dezember in nachträglich bekannt wird, in der Nacht von Tokio ereignet. Dort kenterte ein Dampfer, der Mannschaften an Bord eines japanischen Kreuzers bringen sollte. Dabei ertranken 65 Mann, und nur 33 konnten gerettet werden. Es heißt, daß der Dampfer überladen gewesen ist.

* (Drei gefährliche Berliner Einbrecher) sind nach der „Allpreuß. Ztg.“ in Ebeling festgenommen worden, als sie einem dortigen Wirtshaus einen Einbruch verübten. Der ihnen betraute eine Seite im Werte von 2000 Mark am gebracht hätte. Es handelt sich um den Schlichter Bauch aus Neubrück, den Gelegenheitsarbeiter Loos und den Berliner Hölz aus Berlin. Ihre Festnahme wurde durch die Wachmannschaft eines Nachwachters ermöglicht. Sie sollen auch in Berlin eine Anzahl Straftaten verübt haben.

* (Sechs Verurteilte) machten dem 18 Jahre alten Barbiergehilfen Friedrich Wolff aus der Kaserne in Berlin das Leben so schwer, daß er schließlich Selbstmord verübte. Die Mädchen belästigten, einige zu gleicher Zeit, wiederholt den Barbierladen und suchten ihren Schatz abzulocken. Es kam dabei zu erregten Szenen, und schließlich wurde sich der arme Don Juan nicht mehr zu helfen und ließ sich eine Revolverkugel in den Kopf.

* (Im Alter von 107 Jahren) stand, wie die „Allpreuß. Ztg.“ berichtet, die in Malauen bekannte „Babington“ Jantonski, die zuletzt in Bogenheim wohnt war; die Frau war bis an ihr Lebensende so kräftig, daß sie noch die weitesten Reisen unternahm konnte. Bei ihrer „Babirei“ behauptete sie sich über zwölf Jahre, die immer vollständig sein mußten.

* (Ein erhebliches Schadenfeuer) entstand in der Nacht zum Samstag in der Backsteinfabrik in Belten bei Berlin. Während die freiwillige Feuerwehr verüßte, das Feuer, das bald den ganzen Fabrikkomplex ergriffen hatte, einzudämmen, führte der zwanzig Jahre alte Sohn eines ein. Mehrere Personen wurden unter den Strohmassen begraben. Der 68 Jahre alte Fabrikwächter Fritz wurde als Verletzte unter den Schuttentrümmern begraben. Zwei Arbeiter der Backsteinfabrik hatten nicht unerhebliche Verletzungen erlitten.

* (Ein Automobil im Werte von 6000 Mk.) wurde dem Kaufmann Behne aus der Kosiastriale in Berlin gestohlen. Der Chauffeur hatte an der Königsgrabenstraße auf einen Augenblick den Wagen verlassen, als plötzlich ein Auto auf den Königgraben fuhr und mit dem Automobil des Kaufmanns in einen gefährlichen Zusammenstoß kam. (Eine exemplarische Strafe) Der Taximeter Emil Koenen aus Essen, der am 20. Dezember mit seinem Automobil in Eberfeld einen 62jährigen Mann überfuhr und dabei tödlich verlegte, wurde von der Oberberlei Strafammer zu der exemplarischen Strafe von sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

* (Gemeinnützige Arbeiterhäuser) Auf den städtischen Werksvergen im Kreise Reddinghausen erachtet der Staat mit 600000 Mk. Kosten Arbeiterhäuser.

Waren- und Produktendörse.

Berlin, 14. Jan. Weizen 1000 kg Mai 189,00, Juli 184,25, Sept., —, —, Roggen 1000 kg Mai 168,50, Juli 169,50, Sept., —, —, Hafer 1000 kg Mai 168,75, Juli 170,00, Sept., —, —, Mais 1000 kg Mai 125,50, Juli 128,75, Sept., —, —, Rübsen 100 kg Jan., —, Mai 62,50, Sept. 56,50 Mk.

Es war auch heute der Getreidehandel hier mangels Anregung sehr still. Die geringfügigen Schwankungen in Weizen, Roggen und Hafer im Abrechnungsabstand wurden vollzogen, ohne daß die Preise eine nennenswerte Veränderung aufwiesen. Greifbares Getreide ist fehlgehalten worden. Für Rübsen fand heute sich festere Stimmung; es fand keine Preisveränderungen durchgeführt worden.

Biehmarkt.

Leipzig, 14. Jan. Bericht über den Schlachtviehmarkt auf dem sächsischen Viehboje zu Leipzig. Auftrieb: 666 Rinder, und zwar 167 Ochsen, 38 Kalben, 286 Kühe, 126 Bullen; 287 Kälber; 690 Stück Schafvieh; 1723 Schweine, und zwar 1723 deutsche, zum 3266 Tiere. Preise: Ochsen: I. 88, II. 83, III. 77, IV. 70 Mk. für 50 kg Schlachtgewicht, 70 Kalben und Kühe: I. 82, II. 78, III. 73, IV. 67, V. 60 Mk. für 50 kg Schlachtgewicht; Bullen: I. 78, II. 74, III. 68 Mk. für 50 kg Schlachtgewicht; Kälber: I. 57, II. 53, III. 42, IV. — Mk. für 50 kg Lebendgewicht; Schafe: I. 43, II. 40, III. 33 Mk. für 50 kg Lebendgewicht; Schweine: I. 65, II. 62, III. 58, IV. 55–58 Mk. für 50 kg Schlachtgewicht; 3881, 487 Rinder, und zwar 127 Ochsen, 35 Kalben, 204 Kühe, 111 Bullen, 257 Kälber, 513 Schafe, 1692 Schweine. Gefächtspreise: Rinder sehr langsam, Kälber langsam, Schafe und Schweine mittelmäßig.

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von E. H. Förster in Merseburg.

Korrespondent.

Bezugspreis vierteljährlich: Bei Abholung von den Ausgabestellen 1 M., monatlich 35 Pf.; durch die Ausdräger und die Post bezogen 1,20 M., durch den Postträger und 1,25 M. Einzelnummer 5 Pf.
Erstmalig jeden Mittwoch 6 mal vormittags halb 8 Uhr, mit Wabnahme der Tage nach dem Sonn- u. Feiertagen; in den Ausgabestellen am Tage vorher abends 6 Uhr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8 seitiges illustriertes Sonntagsblatt mit 14 tägiger Modebeilage.
4 seitige landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die einsp. Zeile oder deren Raum f. Stadt u. Kreis Merseburg 10 Pf., außerhalb 15 Pf. Kleinste Anzeigen 25 Pf. Resten von Zeilen 5 Pf. Bei Abholungen abwärts. Anzeigen werden von unserer Geschäftsstelle sowie sämtlichen Anzeigenstellen entgegengenommen.
— Rücksende unserer Originalberichte nur mit Quittungnahme gestattet. —
Für unperlangte Einblendungen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 13.

Mittwoch den 16. Januar 1907.

33. Jahrg.

Preussischer Partikularismus.

Die „Grenzboten“ haben es sich jüngst zur Aufgabe gemacht, den preussischen Partikularismus zu verteidigen gegen den Vorwurf, er sei die schlimmste von allen partikularistischen Betätigungen. Die politisch-konfessionelle Wochenchrift hat sich da auf ein sehr diffuses Gebiet begeben, und man wird auch nicht gerade behaupten können, daß sie es mit viel Glück, geschweige denn mit viel Geschick getan habe. Sie tauscht zwar nicht mit dem Säbel und appelliert nicht an die „preussischen Bajonette“, wie das Herr v. Oldenburg-Zanzschau sich im letzten Reichstage erlauben zu dürfen glaubte, aber wenn sie sich auch in der Form etwas vornehmer gebärdet, so läuft doch in der Sache eine Warnung, die sie an die anderen Bundesstaaten richtet, auf v. Oldenburgische Mäßen hinaus. Preußen, so sagt sie nämlich, sei trotz seines Uebergewichts an Fläche und Bevölkerung, mehrfach überhäuft worden, obwohl es gefährlich wäre, die rein formelle Kleinstaatliche Mehrheit zu oft zu gebrauchen.“ Was denkt sich wohl das Blatt bei solchen Aeußerungen? Glaube es etwa damit dem Frieden und der Einheit zwischen den verschiedenen Gebieten Deutschlands zu dienen?

Und was soll die Aufrechnung der Vorteile, die Preußen einer- und die anderen Bundesstaaten andererseits von dem Zusammenschlusse zum deutschen Reiche erlangt hätten? Was die Bemerkung: Preußen habe mehr gegeben, als empfangen?! Was ferner die Behauptung: Preußen in seinem jetzigen Umfang würde, auf sich selbst beschränkt, wünschenswerten Umfande sein, sich als Großmacht zu behaupten und die kleinen norddeutschen Nachbarstaaten, die es einschließt oder begrenzt, ohne die Bundesverfassung von sich unbedingt abhängig zu machen?! Selbst wenn das wahr wäre — und es ist doch noch sehr zweifelhaft, ob eine erzwungene unbedingte Abhängigkeit der betr. anderen deutschen Bundesstaaten von Preußen auf die Dauer allen Stämmen trocken würde —, so ist es doch geradezu idiotisch, in solcher Weise als Großer den Kleinen zu fagen: Unabhängig von mir seid Ihr nur, weil es mir so gefallen hat und so lange es mir so gefällt!

„Bewußt oder unbewußt rede die Unwahrheit“, so heißt es in dem „Grenzboten“ weiter, vor preussischer Herrschaft im heutigen Deutschland spreche. Es ist unklar, ob, wer so schreibt, auch nur — wir wollen garnicht einmal den Fall Euphrat ins Auge fassen und wollen ebenso die laute Entrüstung der preussischen Journalen über die süddeutschen Wahlrechtserformen ganz ausser Acht lassen — mit einem Gedanken gebärdet hat an die Hartnäckigkeit, mit der Preußen hinsichtlich der 4. Eisenbahnwagenklasse und hinsichtlich der Schiffsabgaben auf natürlichen Wasserstraßen seinen Willen den anderen Bundesstaaten aufgedrängt hat resp. aufzubringen sucht. Vielleicht lohnt es auch, in Sachen anzufragen und ebenfalls noch in Württemberg, wie man dort gefinnt ist inbezug auf die preussische Eisenbahnverwaltung und deren Zugablenlungen nach Süden in Richtung, die man wohl nicht immer als die kürzesten und deshalb natürlichsten wird einzusehen vermögen.

Aber es ist zwecklos, da Vorkellungen zu machen, wo sie doch nichts nützen. Denn was dem „Grenzboten“ an dem „preussischen Partikularismus“ am besten gefällt, das ist ja, wie sie selber fagen, daß Preußen mit diesem seinem Partikularismus, „das feste Bollwerk in Deutschland ist gegen allzu starke demokratische Zeitströmungen“. Wer so denkt und über ein festes Bollwerk dieser Art Genugtuung empfindet, mit dem läßt sich schlechterdings nicht über die Berechtigung oder Nichtberechtigung dieses Partikularismus reden.

Zu den Wahlen.

Gegen die Parteien, auch gegen diejenigen der Reichsfänger selbst „national“ genannt hat

zieht die Wilow-offiziöse „Süddeutsche Reichskorrespondenz“ abermals zu Felde. Sie meint, fast ausnahmslos seien die offiziellen Parteiprogramme so beschaffen, daß bei Durchführung eines einzelnen mit all n Konsequenzen das Reich nicht bestehen könnte. Das Ziel der Reichstagswahlen, das Zentrum so zu schwächen, daß es nicht mehr in Berücksichtigung geraten kann, Arm in Arm mit Polen und Sozialdemokraten dem deutschen Namen Unrecht zu machen, sei gar nicht so schwer zu erreichen, „wenn nur etwas weniger Prinzipienreiterei getrieben wird, wenn diejenigen Parteien sich nicht unnötig verzanken, die für nationale Grundforderungen aufeinander angebotenen sind. Nicht darauf kommt es an, daß im Deutschen Reiche so und so viele Parteien auf ihrem Gehin bestehen; das häßt nicht im Innern und importiert nicht nach außen. Sondern das in der Mehrheit der Wähler der nationale Gedanke mächtiger ist als der Fraktionszwang. Das ist es, was Deutschland braucht und was der Welt Nahrung einflößt.“ — Hierzu bemerkt die „Drs. Ztg.“: Wir haben schon einmal gesagt, daß diese offiziöse Polemik gegen die Parteien und Fraktionen alles andere als geschickt ist. Sie würde überhaupt nur einen Zweck haben, wenn die Regierung etwa die Absicht hätte, einen Reichstag zu schaffen, dessen Mehrheit sich auf gar kein Parteiprogramm verpflichtete und nur den Zweck verfolgte, alle Regierungsforderungen durchzubringen. Da hieran aber gar kein Gedanke ist und die Regierung nun einmal mit den kaiserlichen Parteien, mit der Zentrum wohl wie der Linken, rechnen muß, so sollte sie, um sich nicht die Sympathien aller Parteien zu verderben, auf solche unglückliche und natürlich auch ganz unzutreffende Bemerkung des Parteirefens verzichten.

Gegen die Sozialdemokratie! lautet die Parole, die der Vorstand des Zentral-Ausschusses vereinigter Innungsverbände Deutschlands in einem Wahlaufsatze ausgegeben hat. Der Zentralausschuß könne nicht für oder gegen eine bürgerliche Partei eintreten. Wohl aber müßten die Handwerker gegen den gefährlichsten Feind des Kleingewerbes kämpfen: gegen die Sozialdemokratie, die jetzt auch unter den Handwerkern wieder werbe. Es heißt in dem Wahlaufsatze: „Wenn immer positive Maßnahmen zur Förderung des Handwerks vorgeschlagen sind, so hat sich die Sozialdemokratie dagegen erklärt. Wie oft hat man nicht von ihren Führern hören müssen, daß dem Kleingewerbe nicht zu helfen sei, und daß es, je eher je besser, beseitigt werden sollte.“

Die von dem...
worden...
Gastw...
berecht...
stehen...
Wolfs...
Interes...
haben...
indem...
ragenden...
gegenen

wird, noch immer mehr Lasten, die von der Gesamtheit aufgebracht werden müssen, zuweisen.“
Unbank ist der Welt Lohn. Wer einmal die Psychologie des gegenwärtigen Wahlkampfes schreiben wird, — die sich übrigens als ein sehr kompliziertes und diffiziles Thema herausstellen dürfte — der wird sicherlich ein nicht zu knapp bemessenes Weichen sich bei dem Wahlkreise Kreuznach-Simmern aufhalten, dessen Zerde einst Herr v. Cuny war, und in den 1898 Herr Dr. Paasche hineinschlüpfen durfte. Wenn sich Jemand um den Bund der Landwirte oder, um statt des Teils des Ganze zu nennen, für das gesamte Agrarierturn verdient gemacht hat, so war er es. Jücker und Brandtweinschicksagen hat er gleichermaßen zu rechtigen verstanden, und in dem Herausstreichen der Notwendigkeit und des Segens der Zölle, die landwirtschaftlichen voran, war ihm feiner aber. Am allermeisten in der Euade und in dem Temperament. Erreicht hat ihn darin annähernd höchstens Herr Dr. Hahn — solange dieser in Dittendorf-Neuhaus eine Mehrheit hinter sich hatte, — aber Herr Paasche war und blieb für die Agrarier wertvoller. Denn — er verblieb in der national-liberalen Fraktion, und wo er sie nach rechts ziehen konnte, tat er es. Und diesem Manne droht jetzt die Gefahr, parlamentarisch außer Dienst gestellt zu werden, weil mit dem Zentrum auch der Bund der Landwirte ihm die Unterstützung versagen will. Schön der Unbank! Aber behaupten wird darum Herrn Paasche wohl niemand.

Wahlgeometrisches und geographisches. Aus Kassenburg wird der „Danz. Ztg.“ berichtet, die Wahlbezirkseinteilung sei auch diesmal für die Liberalen eine so nachteilige, daß eine regere Wahlbeteiligung seitens dieser nur bei erheblicher Zeitverlängerung möglich sei. Acht große Dörfer haben in 2 bis 4 1/2 km entfernten llegenden Gütern zu wählen. In nur 28 Wahlbezirken von den 67 vorhandenen sind Schulen zu Wahllokalen auszuweisen, während in nicht weniger als 38 Bezirken die Gutskammer und Amislokale der fast durchweg streng agrarisch-konfessionellen Inhaber, die zugleich Wahlvorsteher sind, als Wahllokale dienen. Dabei fehlt es in den benachbarten großen Dörfern keineswegs an geeigneten Wahllokalen und Wahlvorstehern. — Der Zrud einer derartigen Wahlkreis-einteilung bzw. der weiten Wege, die man den Wählern zumutet, liegt auf der Hand. Soll das auch als die Neutralität, die den Liberalen versprochen worden ist, angesehen werden dürfen?

Aus dem Kreiswalder Wahlkreise macht das „Greifen. Ztbl.“ eine bemerkenswerte Mitteilung über Vorkommnisse in einer Rewoldt-Versammlung in Neunkirchen. Man habe in dieser Versammlung wieder einmal die Kühnheit, den freisinnigen Kandidaten Gothein als „Anhängel“ der Sozialdemokratie zu bezeichnen. Herr Rewoldt selbst erklärte patetisch: „Nur wir Konservativen bekämpfen die Sozialdemokratie“. Einer der anwesenden Führer der borigen Sozialdemokraten rief ihm zu: „Ja, mit 1000 Mark.“ Herr Rewoldt erklärte, nichts zu wissen. Da erhob sich der betr. Sozialdemokrat und rief laut: „Die Konservativen haben uns mehrfach 1000 Mark angeboten, wenn wir in der Stichwahl zwischen Rewoldt und Gothein nicht für Gothein eintreten“. Auf die dem folgenden „Hör, hör!“ und „Pui!“-Rufe erklärte Herr Rewoldt zwar nochmals, daß er davon nichts wisse. Man wird ihm das glauben dürfen. Aber die Mitteilung selbst braucht deshalb nicht unwahr zu sein, und die Tatsache selbst kennzeichnet jedenfalls die Art und Weise, wie dort der Kampf gegen Herrn Gothein von konservativer Seite geführt wird.

Zur Lage in Russland.

Aus Russland kommt eine Meldung, die den Entschluß des Zaren bekundet, allen terroristischen Anstalten zum Troz nun erst recht den reaktioren Kurs weiter zu steuern. Dem Vernehmen nach steht in nächster Zeit die Ernennung des jetzigen Stabs